

TIERSCHUTZ

Ein Herz für Viecher



Mehr Rechte für Tiere: Gebt der Mieze ein größeres Milchglas.
(Foto: Archiv)

Ein Parteibuch haben sie zwar nicht, am Wahlkampf beteiligen sie sich trotzdem. Seit Wochen tapern sie brav hinter ihren Unterschriften sammelnden Herrchen und Frauchen her. Sie - das sind Hunde und Katzen engagierter TierschützerInnen. Ihre Rechte sollen Teil der Verfassung werden.

Genau so stellt man sich das Büro der Grande Dame der Luxemburger TierschützerInnen vor. Kaum hat man ihren Raum betreten, sitzen auch schon zwei schnurrende Miezekatten auf dem Schoß. "Solange wir Tiere nicht als Lebewesen anerkennen, werden sie wie Ware behandelt", kritisiert sie, Anny Eck-Hieff. Tiere seien sensible Wesen, die genauso Schmerzen verspüren wie Menschen. Die Präsidentin der Association luxembourgeoise pour la protection des animaux (Alpa) fordert schon seit Jahren, dass der Artikel 11 in der Verfassung ergänzt wird mit den Worten: "Der Staat garantiert den Schutz der Tiere".

"Tiere haben kein Parteibuch, doch wir als ihre Schützer dürfen zur Urne gehen", glaubt Eck-Hieff. Mit ihrer jahrelangen Erfahrung im Lobbying weiß sie, wann PolitikerInnen am ehesten sputen: in Wahlkampfzeiten. So war es auch in Deutschland vor den Parlamentswahlen 2002. Da stimmte Bayern unter der konservativen CSU-Herrschaft ebenfalls erst kurz vor den Wahlen der Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung zu. Und was beim großen Nachbarn funktioniert, müsste doch auch in Luxemburg möglich sein, denkt die Alpa-Präsidentin. Um den Druck zu verstärken, hat ihre Initiative in den letzten Monaten mehr als 13.000 Unterschriften gesammelt. Die hat sie am Mittwoch in der Chambre des Députés dem Kammerpräsidenten Jean Spautz in die Hände gedrückt.

TierfreundInnen gab es zwar auch schon vor Wahlkampfzeiten, und durchaus auch fraktionsübergreifend. Abgesehen vager Lobbekundungen wurde tatsächlich aber nur wenig für die Tiere getan. Das bestehende Tierschutzgesetz stammt aus dem Jahre 1983 und lässt bewusst einiges offen. Die meisten PolitikerInnen befürchteten wohl, ein zu strenger Tierschutz könne gerade im Bereich der Nutztierhaltung Investoren abschrecken. Doch haben sie nicht die Rechnung mit der großen Mehrheit der LuxemburgerInnen gemacht. Nach all den Tierseuchen in Europa und Asien haben es viele satt, ständig Bilder zusammengepferchter oder abgeschlachteter Schweine, Rinder und Hühner über den Bildschirm flackern zu sehen. Die Mehrheit weiß schon seit langem, dass erst die intensive Konzentration der Tiere in industrieller Massentierhaltung und bei Transporten Schweinepest, Hühnergrippe und Rinderwahnsinn ermöglichen. Und etwas spät, aber nicht zu spät, versuchen die PolitikerInnen diese Sympathiewelle nun in WählerInnenstimmen umzumodeln.

Eigene Tierschutzpartei

Zwischendurch sahen sich die TierschützerInnen so sehr im Aufwind, dass sie gar in Erwägung zogen, eine eigene Tierschutzpartei zu gründen. Vorbild war auch hier wieder Deutschland, wo es seit 1993 eine Tierschutzpartei gibt. Die weltweit erste überhaupt. M.U.T. nennt sie sich und steht für Mensch, Umwelt und Tierschutz. In ihrem Parteiprogramm sprechen sie sich gegen die Diskriminierung von Kampfhunden aus und fordern ein Tierschutzministerium. Mit diesem Programm erhielten sie bei den letzten Bundestagswahlen immerhin 159.505 Zweitstimmen. In Hessen gelang es M.U.T. sogar, zwei Lokalpolitiker in den Kreistag und den Ortsbeirat zu schicken. Alpas Präsidentin Eck-Hieff sympathisierte sehr mit diesem Gedanken, nahm als Vertreterin der luxemburgischen Alpa auch schon am M.U.T.-Parteitag teil. Doch von der eigenen Gründung einer Tierschutzpartei in Luxemburg hat sie sich zunächst einmal verabschiedet. Der Grund: innere Zerwürfnisse unter den TierschützerInnen. Beim ersten Vorbereitungstreffen im Mai vergangenen Jahres waren zwar tatsächlich einige Interessierte gewillt erste Leitlinien aufzustellen. Doch bereits ein Blick auf die TeilnehmerInnenliste zeigte den inneren Zustand der Luxemburger Tierschutzszene. Wie im "Land" nachzulesen ist, war einer der Initiatoren ein aus persönlicher Betroffenheit motivierter Invalidenrentner, dessen Hund vor Jahren erschossen wurde. Dann erschien ein frustriertes LSAP-Mitglied. Schließlich ein leidenschaftlicher Veganer, also einer, der Tierprodukte generell ablehnt und deswegen auch nur Plastikschuhe trägt.

In der Tat ist die Luxemburger

Tierschutzszene alles andere als homogen. Die inhaltliche Spannweite reicht von der Tierschützerin, die einfach nur ihr eigenes Kätzchen lieb hat, über Mitglieder des Mouvement écologique, für den Tierschutz Teil einer umweltbewussten Gesellschaft ist bis hin zu Extremisten, die Legebatterien mit KZs in Auschwitz vergleichen. Ein so genannter Bund für Veganer ruft zu Störaktionen gegen Jäger auf. Und die Groupe d'Action Végétarien pour l'Egalité Animale verschickt per E-Mail Bilder von Affen, die in Versuchslaboren zu Tode gequält werden mitsamt einem Schreiben, worin steht, dass grundsätzlich "alle Tiere von der EU in einem europaweiten, verbrecherischen Komplott instrumentalisiert werden".

Eitel Sonnenschein

Da setzen gemäßigte AktivistInnen wie Eck-Hieff doch lieber auf die etablierten Parteien. Und vergleicht man die Reden, die am Mittwoch in der Chambre zu diesem Thema geschwungen wurden, scheint über alle Fraktionsgrenzen hinweg eitel Sonnenschein. Das war nicht immer so. Als das Thema im Sommer schon einmal auf der Agenda stand, schlug die CSV-DP-Regierung die Formulierung "der Staat garantiere den Schutz der Umwelt" vor. Sowohl ADR als auch Déi Greng und LSAP lehnten diesen Vorschlag ab mit der Begründung: Er sei zu vage. Jeglicher direkte Hinweis auf den Tierschutz würde fehlen. Damit würden auch weiterhin Tierrechte anderen Grundrechten untergeordnet werden. Der Vorschlag der ADR: "den Schutz der Umwelt und der Tiere in freier Wildbahn als Staatsziel" in der Verfassung festzuhalten.

Ausgerechnet die LSAP setzte das Thema am Mittwoch im Parlament erneut auf die Agenda. Und ihr Forderungskatalog ist lang: strenge Regeln für den kommerziellen Handel mit lebenden Tieren, Tiertransporte nur bis zum nächsten Schlachthof, elektrische Identifizierung aller Hunde statt Maulkorb- und Leinenzwang bestimmter Hunderassen, Reform des Jagdgesetzes, strafrechtliche Konsequenzen bei Tiermisshandlungen, Zulassung der Präventivimpfung gegen Seuchen - allein die Erklärung des LSAP-Abgeordneten Marc Zanussi umfasste 8 Din-A4-Seiten; entsprechend lang dauerte seine Präsentation.

Ohne konkret auf die Vorschläge des oppositionellen Zanussi einzugehen, sprach sich letztendlich selbst die Regierungspartei DP für eine "verfassungsrechtliche Grundlage für Tierschutzbestimmungen" aus. Der ADR-Abgeordnete Aly Jaerling zeigte sich überrascht über den Stimmungswechsel bei den Regierungsparteien. Seine Verwunderung war dann aber doch gespielt, denn er lieferte die Erklärung gleich hinterher. Es müsse wohl mit dem Wahltermin im Juni zu tun haben.

Felix Lee

Mehr Dampf

Energiepolitisch ließe sich im Großherzogtum noch einiges drehen. Nur geht die Regierung da mit eher schlechtem Vorbild voran. Das findet zumindest Roger Spautz von Greenpeace. Während die Cegedel und auch die Stadt Luxemburg längst vor hat, den Stromverbrauch zu drosseln und grünen, also regenerierbaren Strom zu importieren, bewege sich bei den Ministerien eher wenig. Zwar hat das Luxemburger Parlament die EU-Richtlinie zur Förderung alternativer Stromproduktion am Mittwoch ins nationale Recht aufgenommen. Die derzeitigen Maßnahmen der Regierung zur Förderung erneuerbarer Energiequellen würden dazu führen, dass bis 2010 nicht mal der angestrebte 5,7-prozentige Stromanteil erreicht werde. Greenpeace glaubt: Wenn die Regierung mehr Initiative ergreifen würde, könnte der Anteil grünen Stroms in den nächsten sechs Jahren sogar auf 9,4 Prozent steigen. Dabei sind beide Ziele lasch. Wie eine Studie zeigt, die im Rahmen des Alternier-Programms der EU-Kommission durchgeführt wurde, war Luxemburg 2003 sogar schon mal weiter. Da lag die Quote regenerierbaren Stroms nämlich bei 10,3 Prozent.

Asbest als Vorspeise?

Der Weg zum Mittagessen hatte für 15 Mitarbeiter der CFL vor kurzem unangenehme Folgen. Bei Renovierungsarbeiten in einem Nebengebäude des Petinger Bahnhofs war Asbest entdeckt worden. Ein Entsorgungsunternehmen wurde daraufhin beauftragt, die Asbest-Platten zu entfernen. Vergessen wurde dabei, dass man die Halle durchqueren musste, um in den Speiseraum sowie zum Umkleideraum gelangen. Dies dementierte aber am Donnerstagnachmittag der FNCTTFEL-Landesverband. Trotzdem hatten die CFL-Mitarbeiter ungeschützt in dem Bahnhofsgebäude weiter gearbeitet. Mittlerweile mussten sie sich auf ihren Gesundheitszustand überprüfen lassen. In einer parlamentarischen Dringlichkeitsanfrage wollte der Grünen-Abgeordnete Jean Huss unter anderem wissen, weshalb das Personal nicht besser geschützt gewesen war. Arbeitsminister François Biltgen erklärte, dass für die Arbeiten nicht einmal eine Genehmigung von der Inspection du travail et des mines vorlag. Zudem solle sich auch Huss untersuchen lassen, da dieser schließlich vor Ort gewesen sei. Bitte mehr Ernst, Herr Minister!



Adel verpflichtet

Nehmen wir für die Interglobal-Seite einen Text über Österreich oder einen über Spanien? Redakteur x findet, in Luxemburg gebe es mehr SpanierInnen als ÖsterreicherInnen, daher plädiert er für den spanischen Beitrag. Redakteur y hingegen meint: Luxemburg sei früher mal Teil der Habsburger Monarchie gewesen. Das bindet. Und dann gebe es ja auch noch Otto von Habsburg, der regelmäßig für das Luxemburger Wort schreibt. Das spreche für den Artikel aus Österreich - und wirft zugleich die Frage auf, warum sich ein ehemaliger Kaiser Gottes Gnaden überhaupt für eine Provinzpostille hergibt? Onkel Google fragen und siehe: 1927/28 studierte der letzte Habsburger Kaiser ein Jahr in der Benediktiner-Abtei in Clervaux. Daher sein Draht nach Luxemburg. Was mit einem Blick auf seine Homepage (<http://otto.twschwarzer.de>) aber noch viel interessanter anmutet: seine vielen Titel: Kaiser von Österreich, König von Ungarn - all das ist ja bekannt. Aber dann: König von Jerusalem, Herr von der windischen Mark, Großwoiwode von Serbien. Und dann auch noch: Herzog von Auschwitz. Das ist dann doch zu viel des Guten, das dieses Vollblut Luxemburgs führender Tageszeitung an Ehre erteilt. Doch ein zweiter Blick in das Blättchen gibt Entwarnung. Es ist gar nicht Otto von Habsburg, der regelmäßig in die goldenen Tasten haut, sondern ein Otto Habsburg ohne von. Das beruhigt. Und macht die Entscheidungsfindung leichter. Denn der spanische Text ist ohnehin viel besser geschrieben.